

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Block der Donaustaaten
- Krieg im Osten wieder eröffnet
- Übertragung der Hitler-Rede verhindert
- „Vorwärts“ und „8-Uhr-Abendblatt“ verboten
- Attentat auf Roosevelt
- Lebensmittel-Industrie
- Ölkrieg gegen die Sowjet-Union

Faschisierung der Polizei

Zahlreiche nationalsozialistische Polizeipräsidenten — „Verstraffung der Polizeigewalt zum Schutze gegen kommunistische Machenschaften“

Die Beratungen der Reichskommissare für Preußen über die Personalfragen sind im wesentlichen abgeschlossen worden.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind nunmehr die Regierungspräsidenten Friedensburg-Kassel (Sp.), Ehrler-Wiesbaden (SPD), König-Arnberg (SPD), die Polizeipräsidenten Maier-Stettin (SPD), Thalk-Breslau (Ztr.), Wende-Waldenburg (SPD), Oexle-Halle (Sp.), Krüger-Weihenfels (SPD), Barth-Hannover (SPD), Dr. Danehl-Harburg-Wilhelmsburg (SPD), Zörgiebel-Dortmund (SPD), Steinberg-Frankfurt am Main (SPD), Biesten-Koblenz (Ztr.), Weyer-Oberhausen (Ztr.), Graß-Bochum, ferner Landrat Apel-Frankfurt a. M.

Regierungspräsident von Velsen-Hannover wird mit der Vertretung des beurlaubten Oberpräsidenten Noske beauftragt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Provinzialausschüsse werden ernannt: Landrat Rotberg-Goslar zum Regierungspräsidenten in Kassel, Ministerialrat Zschirsch aus dem preußischen Innenministerium zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Polizeipräsident Melcher-Berlin zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

Zu Polizeipräsidenten werden ernannt

in Berlin der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Konteradmiral a. D. Magnus von Levetzow (Weimar),

in Waldenburg der Rittmeister a. D. von Hidesen (Alt-Jauernick),

in Hannover der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Viktor Lutze,

in Harburg-Wilhelmsburg Kapitän Carl Christiansen,

in Dortmund der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Wilhelm Schepmann,

in Frankfurt a. M. General a. D. von Westrem,

in Oberhausen Major a. D. Niederhoff,

in Halle Polizeioberst a. D. Roosen.

Der Regierungspräsident z. D. Pauli-Potsdam wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Goslar beauftragt. Der Ministerialdirektor Dr. Corsing wird aus dem Staatsministerium in gleicher Eigenschaft in das preußische Justizministerium versetzt.

Aus der vorstehenden Meldung ergibt sich, daß bei den Neuernennungen die Nationalsozialisten sehr stark berücksichtigt worden sind. In einer ganzen Reihe wichtiger Großstädte sind führende Mitglieder der NSDAP zu Polizeipräsidenten ernannt worden, in anderen Städten andere ehemalige Offiziere, deren Gesinnung um nichts weniger reaktionärer und arbeiterfeindlicher ist. Der neue Berliner Polizeipräsident hat übrigens im Kapp-Putsch eine sehr eindeutige Rolle gespielt; er war damals Chef der Marinestation der Ostsee, und sein Verhalten war derart, daß er zu den wenigen Offizieren gehörte, die nach Niederschlagung des Kapp-Putsches aus ihrem Amt entfernt wurden. Seitdem widmete er sich als Privatmann der Politik, und nun ist er Polizeipräsident der Hauptstadt der deutschen Republik geworden.

Für Rheinland-Westfalen ist ein Polizeisonderkommissar mit besonderen Vollmachten ernannt worden.

Dieses Amt wurde dem Polizeikommandanten Stieler v. Heidekamp übertragen. Dieser Sonderkommissar ist unmittelbar dem preußischen Innenminister Göring unterstellt; er übernimmt die einheitliche Leitung der gesamten staatlichen und kommunalen Polizei, sowie der Landjäger in Rheinland und Westfalen. Was damit beab-

sichtigt ist, ergibt sich am besten aus dem folgenden Kommentar der deutschnationalen „Schlesischen Zeitung“:

„Die Maßnahmen der preußischen Staatsregierung, insbesondere auf polizeilichem Gebiet, haben das Ausland zu weitgehenden Vermutungen angeregt. Insbesondere die Berufung des Polizei-Sonderkommissars für Rheinland-Westfalen hat der Behauptung Vorschub geleistet, daß im preußischen Innenministerium die Bewaffnung der SA und des Stahlhelms für Zwecke hilfspolizeilicher Art vorbereitet werde, und daß damit der erste Schritt zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Deutschland getan worden sei. Diese aufgerregten Kombinationen enthalten natürlich jeglicher Grundlage. Zu irgendwelchen besonderen Maßnahmen besteht an sich keinerlei Veranlassung, da auch jetzt schon die gesetzliche Möglichkeit vorhanden ist,

daß ausgesuchte, vertrauensbewährte Persönlichkeiten vom Staate zur Hilfeleistung herangezogen werden, wenn aus besonderen Umständen die örtliche Polizei sich als zu schwach zeigen sollte.

Daß dieser Möglichkeit im Bedarfsfall Gebrauch gemacht wird ist selbstverständlich. Angesichts der kommunistischen und sozialdemokratischen Hetze, insbesondere in Rheinland-Westfalen, ist es klar, daß die dortigen maßgeblichen Polizeioorgane mit besonderer Aufmerksamkeit sich für alle Fälle vorbereiten. Von irgendwelchen grundstürzenden Änderungen kann keine Rede sein. Es handelt sich lediglich um die Verstraffung der Polizeigewalt zum Schutze gegen kommunistische Machenschaften.“

Wenn auch das deutschnationale Blatt versucht, den wahren Charakter der Maßnahmen zu vertuschen und sie in ihrer Bedeutung zu verkleinern, so sieht doch der kritische Leser mit aller Eindeutigkeit, was hier gespielt wird. Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte konzentriert alle

Machtmittel in straffster Form: Reichswehr, Polizei, Justiz, Verwaltungsapparat, Stahlhelm, SA und SS werden auf den einheitlichen Kampf zur völligen Niederschlagung der Arbeiterklasse vorbereitet. Aus diesen Tatsachen ergibt sich erneut der ungeheure Ernst der Situation und die dringende Mahnung an alle proletarischen Organisationen, nicht länger abzuwarten, sondern sofort die notwendigen Schritte zu tun, um der faschistischen Konzentration die Konzentration des gesamten zum Kampfe entschlossenen Proletariats entgegenzustellen!

Ein Sozialdemokrat, zu dem Göring volles Vertrauen hat!

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hatte der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, am 14. Februar eine eingehende Aussprache mit dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Bergemann. Im Anschluß daran hat Reichsminister Göring dem Regierungspräsidenten Bergemann sein volles Vertrauen ausgesprochen und ihm mit Rücksicht auf die besonders schwierigen Verhältnisse in seinem Bezirk, insbesondere im Ruhrgebiet, unter Anerkennung seiner bisherigen ausgezeichneten Amtsführung ersucht, sein Amt weiterzuführen. Regierungspräsident Bergemann hat dies zugesagt.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesem „Arbeiterführer“? Ein Sturm der Entrüstung muß losbrechen über einen prominenten Parteigenossen, der sich durch seine Leistungen das volle Vertrauen des Nazi-Ministers erwerben konnte! Wie lange noch wollen die sozialdemokratischen Arbeiter einer Führung folgen, in der Leute vom Schlage dieses Bergemann eine ausschlaggebende Rolle spielen?

Japan eröffnet den offiziellen Krieg

Wie Reuter aus Peking meldet, sollen die Japaner planen, mit ihrer Offensive in der Provinz Jehol am 27. Februar einzusetzen. Dieser Zeitpunkt sei gewählt worden, damit die Offensive am 1. März, dem ersten Jahrestage der Errichtung Mandschukuo, in vollem Gange sei. Hohe japanische Würdenträger in Peking sollen — wie Reuter weiter meldet — bereits zugegeben haben, daß man drei Ultimata vorbereitet habe, die demnächst zur Absendung gelangen sollten, und zwar werde das erste Ultimatum von der mandchurischen Regierung an den chinesischen Gouverneur der Provinz Jehol, das zweite von General Muto, dem japanischen Oberbefehlshaber in der Mandchurei, an General Tschanghsu eliang und das dritte von Tokio an Nanking gerichtet sein. Alle drei würden eine vollkommene Zurücknahme der chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol fordern. Von chinesischer Seite ist — der gleichen Quelle zufolge — erneut betont worden, daß die Chinesen sich einem japanischen Einmarsch in Jehol aufs hartnäckigste widersetzen würden.

Truppenaufmarsch

Paris, 15. Februar. Wie die Agentur Indopacifique aus Peking meldet, sollen die Japaner nach einer Nachricht

aus autorisierter Quelle ihre Truppen aus Schanghai zurückgezogen und dort nur eine Garnison in der gewöhnlichen Stärke zurückgelassen haben. Andererseits sollen 120 000 Mann chinesischer Truppen an der Jehol-Front versammelt sein.

Kurssturz an der japanischen Börse

Tokio, 15. Februar. Die Wertpapierbörsen in Tokio und Osaka blieben gestern nachmittag geschlossen, da die Lage in Genf eine große Baissebewegung verursacht hatte.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen

London, 15. Februar. Wie Reuter aus Nanking meldet, deutet man dort in maßgebenden Kreisen an, daß China im Falle eines japanischen Einmarsches in die Provinz Jehol aller Voraussicht nach seine diplomatischen Vertreter aus Tokio abberufen werde. Damit wünsche man zu zeigen, daß man es als aussichtslos ansehe, sich im Verkehr mit Japan noch weiterhin diplomatischer Wege zu bedienen.

Der Bankkrach in USA

Über 500 Banken geschlossen — Stützungsaktion der Wall-Street

Berlin, 15. Februar. CNB. Zu den Vorgängen in den Vereinigten Staaten wird von sachverständiger Seite erklärt:

Die gestern erfolgte Erklärung von acht Bankfeiern für den Staat Michigan durch den Gouverneur Comstock, die praktisch einem Moratorium gleichkommt, wird in den USA als

Krisenzeichen erster Ordnung angesehen. Selbstverständlich haben die Börsenvorstände und zuständigen Marktorgane innerhalb des Staates für die Dauer der Bankenschließung auch die Schließung der Börsen und Märkte angeordnet. Die Maßnahme wurde notwendig, weil eines der führenden Bankinstitute in Michigan, nämlich die Union Guardian Trust Co., in Schwierigkeiten geraten ist. Diese Bank gehört zur Guardian Detroit Union Group, bei der Ford Hauptaktionär ist.

Die vorübergehende Bankenschließung betrifft 420 Banken, 14 Trust Co. und mehr als 100 Nationalbanken. Die Gesamtdenomination der betreffenden Banken werden auf rund 1,5 Milliarden Dollar

beziffert. Die New Yorker Banken und die Bundesreserve-Banken-Systeme haben bereits Schritte zur Stützung der Banken im Staat Michigan, insbesondere für die Union Guardian Trust Co., unternommen und auch schon Pläne für die spätere Reorganisation erörtert.

Um nicht das gesamte Wirtschaftsleben in Michigan zum Erliegen zu bringen, hat das Clearing House in Detroit angeordnet, daß am Donnerstag, dem 16. Februar, die Einleger 5% ihrer Guthaben bei den Banken abheben können. Recht interessant ist die Tatsache, daß die in der Nähe von Detroit domizilierenden kanadischen Banken bereits über eine Zunahme von Depositionen aus den USA berichten.

Es ist verständlich, daß die Regierung und die New Yorker Großbanken alles versuchen, um diesen gewaltigen Zusammenbruch der Autobanken mit Stützungsaktionen aufzuhalten. Das ist aber selbst diesen größten Kapitalriesen der Welt nur schwer möglich, denn es handelt sich hier allein in Michigan um Summen, die mit 6 Milliarden Mark jene des deutschen Bankkrachs vom Juli 1931 um das Vielfache übertreffen.

Mag sein, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß es den vereinten Kräften der Regierung und Wallstreet gelingen wird, momentan das gerissene Loch zu stopfen. Aber das wird einen so gewaltigen Kraftaufwand erfordern, daß damit das ganze Finanzgebäude der USA, aufs empfindlichste geschwächt, und einem neuen derartigen Stoß dann kaum noch gewachsen sein wird. Die Krise und Katastrophengefahr wird daher auf jeden Fall ganz gewaltig erhöht.

Der jetzige Zusammenbruch der Banken in der riesigen Autometropole im Staate Michigan mit dem bekannten Detroit befindet sich fast die ganze Autoindustrie Amerikas, u. a. Ford und General Motors Comp.) hat seine Ursache in dem Rückgang der Autoproduktion auf einen kleinen Bruchteil der Produktionsziffern der Prosperitätsjahre von 1928-30. Damit wird die riesige, dort investierte Kapitalmenge entwertet. Für die Banken bedeutet das, daß hinter den großen, von ihnen gewährten Krediten nicht mehr die entsprechenden Realwerte stehen, diese also ganz oder zum Teil verloren sind.

Das alles wird verschärft durch die Tatsache, daß Hunderttausende von Autos gekauft, die nach dem in Amerika üblichen Abzahlungssystem gekauft, infolge der nicht umstände und ihre Raten zu Hunderten von Millionen Dollar Autowerken bzw. Autobanken verloren. Die Masse der um ih-

angenden Anleger verlangt nun von den Banken ihr Geld zurück, was zum Kassenzug und zur Schließung der Banken führte.

Die äußerst stark überseht Autoindustrie, die in den letzten zehn Jahren ihren Produktionsapparat um 150% zehnfach und verzehnfacht ausdehnte, ist gewiß die schwächste aller Wirtschaftszweige und schwächste aller des USA-Kapitalismus. Aber viele andere Wirtschaftszweige sind nicht viel weniger gefährdet. Inzwischen sind Milliardenollar in den USA festgefressen in der Agrarwirtschaft, in der an Absatzrückgang leidenden Stahlindustrie, Oelindustrie usw. Ihre Lage wird durch den Aufbruch weiter verschlechtert. Der Finanzmarkt muß selbstverständlich eine schnelle Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Kapitalistischer müssen die Auswirkungen des Kriechens in USA auch international sein. Amerika ist heute das Zentrum des Weltkapitalismus. Bisher wurden alle Bankkrisen und Finanzkrisen in den übrigen Ländern der Welt im wesentlichen mit amerikanischem Kapital saniert. Wenn jetzt der Weltbanker selbst pleite geht, ist leicht abzusehen, welche Folgen das für die übrigen kapitalistischen Länder haben muß.

Es wäre gewiß falsch, nun anzunehmen, daß jetzt in schneller, ununterbrochener Tempo der Kapitalismus in Amerika und der übrigen Welt zusammenbrechen wird. Das ist nicht der Fall. Aber der jetzige Bankkrisen ist doch ein ganz ernstes „monetäres“ Signal für die ganze Welt und eine gefährliche Kurve auf der Bahn des weitergehenden zerfallenden Kapitalismus.

Der Kapitalismus wird durch Steigerung der Ausbeutung, Unterdrückung und blutige Entfremdung des Proletariats seine Existenz und Herrschaft zu behaupten suchen. Die Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe in den wildesten Formen wird die Folge sein. Nur in geschlossener Kampffront wird das Proletariat diesen gewaltigen Sturm mit Erfolg und als Sieger bestehen können.

Block der Donaustaaten

Weiterer Schritt zum imperialistischen Krieg

Genf, 15. Februar.
Die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente, also der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens, hat, wie die gegen Abend ausgegebene offizielle Mitteilung über ihr Ergebnis zeigt, zu einem so engen Zusammenschluß der drei Staaten geführt, wie er bisher in Europa noch nicht zwischen selbständigen Ländern bestanden hat.

Das Communiqué spricht ausdrücklich davon, daß ein Organisationspakt ausgearbeitet wurde, und daß die drei Minister die nötigen Maßnahmen ergriffen hätten, um die Kleine Entente in eine internationale Organisation umzuwandeln, die auch anderen Staaten zum Beitritt offenstehen soll.

Das Organ dieses neuen Blocks ist der aus den drei Außenministern bestehende ständige Rat sowie ein ständiges Sekretariat mit einer Abteilung in Genf, und ein Wirtschaftsrat zur fortschreitenden Angleichung der wirtschaftlichen Interessen der drei Staaten untereinander und mit anderen Ländern. Der ständige Rat soll jährlich dreimal tagen. Die Umwandlung der Kleinen Entente in eine internationale Einheit mit selbständiger Persönlichkeit soll dadurch ihren Ausdruck finden, daß jeder politische Vertrag der drei Staaten und jeder einseitige Akt, der die politische Lage eines der drei Länder gegenüber einem weiteren Staate ändert, ebenso wie jedes von wichtigen politischen Folgen begleitete Wirtschaftsabkommen der Zustimmung des Rates der Kleinen Entente bedarf. Die politischen Verträge jedes der drei Staaten mit anderen Ländern sollen fortschreitend soweit als möglich vereinheitlicht werden.

Die bestehenden Bündnisabkommen zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien und der Tschechoslowakei mit Jugoslawien, die durch die Bestimmungen des neuen Paktes ergänzt werden sollen, sollen auf unbestimmte Dauer verlängert werden. Im übrigen haben die drei Minister wichtige Beschlüsse in bezug auf Schifffahrt, Eisenbahn, Post, Radio sowie über die wirtschaftlichen Beziehungen im allgemeinen und besonders über die Zollpolitik gefaßt. Auch soll ein Plan für die Zusammenarbeit der Zentralbanken aufgestellt werden.

Die nächste Tagung findet im Mai in Prag statt.

Berlin, 16. Februar.

CNB. Die Urteile der englischen und französischen Presse über den neuen Staatenblock mit 48 Millionen Einwohnern, zu dem sich die Kleine Entente umgewandelt hat, geben der Auffassung recht, daß es sich um ein Ereignis von allererster Bedeutung und einen Versuch zur Ausschaltung des deutschen und italienischen Einflusses handelt. Der Genfer Korrespondent des Daily Herald erblickt in dem Vorgang die größte politische Veränderung seit Abschluß der Friedensregulierungen.

Der französische Korrespondent des Daily Telegraph vertritt die Ansicht, daß diese Bildung eines „organischen und stabilen politischen Gebildes von ganz neuer Art“ in erster Linie eine Befestigung der gegenwärtigen Grenzziehungen in Zentraleuropa und in zweiter Linie eine Abwehr italienischer Einmischungsversuche in zentraleuropäische Angelegenheiten darstelle. Auch werde es nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten in die französische Politik in Zukunft unumgänglich sein, einen Druck auf Rumänien auszuüben, um Rumänien zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland zu veranlassen. Keine der drei Signatarmächte habe offizielle Beziehungen mit der Sowjetregierung, und keine von ihnen werde künftig in stande sein, ihr Verhältnis zu dieser Regierung ohne Zustimmung der beiden anderen zu ändern. Es sei auch anzunehmen, daß die Skodnawerke in der Tschechoslowakei zu einem großen Waffenarsenal für die drei Staaten umgewandelt werden. Bei der Klausel über den Beitritt weiterer Staaten zu der neuen Vereinigung sei vor allem an Polen gedacht worden.

Der in Genf weilende Außenpolitiker des Journal spricht von einem „Block der Ordnung in Mitteleuropa“.

„Vorwärts“ und „8-Uhr-Abendblatt“ verboten

Berlin, 15. Februar.
WTB. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 ist der „Vorwärts“ mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Februar 1933 einschließlich verboten worden. Dieses Verbot wird mit einem Artikel in der gestrigen Morgenausgabe des Blattes mit der Überschrift „Für die Wahrheit! Der Blutsontag in Eisleben“ begründet.

Auf Grund der gleichen Verordnung ist das demokratische Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt“ mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Februar 1933 einschließlich verboten worden. Begründet wird das Verbot mit einem Artikel in der gestrigen Ausgabe des Blattes über den politischen Zusammenstoß in Eisleben.

Berlin, 16. Februar.
CNB. Die Berliner Zeitungsverlag G. m. b. H. hat gegen das Verbot des „Acht-Uhr-Abendblattes“ Beschwerde beim Reichsgericht eingelegt. Da die Polizei zunächst auch die gestrige Nummer des „Acht-Uhr-Abendblattes“, also nicht die Ausgabe, die dem Verbot zugrunde liegt, in Berlin beschlagnahmt hatte, hat der Verlag außerdem eine Schadenersatzklage gegen den Preussischen Staat eingereicht.

Weitere SPD-Blätter verboten

Koblenz, 15. Februar.
Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Rheinische Zeitung“ auf Grund der Notverordnung vom 4. Februar 1933 für sechs Tage und zwar vom 15. bis 20. Februar einschließlich verboten. Das Verbot wird mit einer Verächtlichmachung des Reichskanzlers und des Reichskommissars für das preussische Innenministerium begründet.

Kiel, 16. Februar.
Die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ ist bis zum 1. März einschließlich verboten worden.

Die Länder scheuen den Kampf

Berlin, 15. Februar.
Die Länder werden sämtlich an der heutigen Reichsratssitzung teilnehmen und auch keinen Vertagungsantrag stellen. Es wird lediglich von denjenigen Ländern, die Gegner der in Preußen neugeschaffenen Verhältnisse sind, eine Rechtsverwahrung abgegeben werden.

Sachsen wird einen Antrag stellen, von den Ernennungen der neuen Bevollmächtigten zum Reichsrat und ihrer Stellvertreter durch die kommissarische Regierung Kenntnis zu nehmen, ohne dazu Stellung zu nehmen. Im übrigen wird verlangt werden, daß — mindestens bis zur Entscheidung der Fragen durch den Staatsgerichtshof — jede einzelne Abstimmung im Reichsrat protokolliert wird, das heißt, daß in jedem Falle eine namentliche Abstimmung stattfindet, um das Stimmenverhältnis für den Fall festzustellen, daß die Stimmen der neuen preussischen Vertreter durch den Staatsgerichtshof nachträglich für ungültig erklärt werden sollten.

Goebbels Reichskommissar für Rundfunk und Propaganda?

CNB. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet im Zusammenhang mit der Berufung Dr. Krukenbergs zum Reichsrundfunkkommissar, daß der Rundfunk in Zukunft überhaupt nicht mehr dem Post- und dem Innenministerium, sondern unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt werden soll. Als „Reichskommissar für Rundfunk und Propaganda“ soll, wie das Blatt wissen will, Dr. Goebbels ausersuchen sein. Dieses Reichskommissariat, dem u. a. die Reichszentrale für Heimatsdienst eingegliedert werden solle, würde neben der Presseabteilung der Reichsregierung bestehen und die Fragen des Rundfunks, der Presse und des Tonfilms propagandistisch zentralisieren.

Konflikt in der Akademie der Künste

CNB. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, haben gestern im Verlauf einer lebhaften Auseinandersetzung in der Preussischen Akademie der Künste Frau Professor Käthe Kollwitz und Heinrich Mann ihren Rücktritt erklärt und sind aus dem Verband der Akademie ausgeschieden. Die Gründe sollen, dem Blatt zufolge, darin liegen, daß Frau Kollwitz und Heinrich Mann die Aufrufe der Sozialdemokraten bzw. der Kommunistischen Partei, die sich scharf gegen die gegenwärtige Regierung wenden, mit unterzeichnet haben. Wie das Berliner Tageblatt dazu ergänzend berichtet, ist auch Stadtbaurator Wagner aus politischen Gründen aus der Akademie ausgeschlossen.

Wieder eine Hitler-Rede

Der Reichskanzler Adolf Hitler befindet sich gegenwärtig auf einem Rundgang durch Deutschland, um allabendlich Vorträge für die NSDAP zu halten. In seiner Funktion als Reichskanzler scheint er gar nichts zu tun zu haben.

Am Mittwoch Abend sprach Hitler in Stuttgart. Er kleidete seine Rede in die Form einer Polemik gegen den württembergischen Staatspräsidenten und den Zentrumsführer Dr. Bolz, der vor Hitlers Ankunft in Stuttgart sehr deutliche Worte gegen die Reichsregierung gefunden hatte. Staatspräsident Bolz hatte u. a. wörtlich ausgeführt:

„Wenn man von einem Vierjahresplan redet, dann muß man auch einen haben! Wenn man zehn Jahre lang das Volk verhetzt und ihm alles Wohlerehen versprochen hat, dann muß man bei Übernahme der Regierung auch wissen, was man will.“

Warum hat aber die Regierung den Vierjahresplan nicht vorgelegt? Weil sie keinen hat. Sie hat nicht soviel, wie unter den Fingernagel geht! Wenn sie sagen, daß sie einen Plan haben, so sage ich auf Grund unserer früheren Besprechungen mit den Nationalsozialisten: Sie haben nichts! Sie sind froh für alles, was man ihnen offeriert, sie beißen an, wie die Fliegen am Honig! ...

Man wollte den Aufruf der Reichsregierung an allen Plakatsäulen anschlagen und in den Schulen verteilen. Das letztere haben wir verhindert! Wir haben verboten, daß dieser Aufruf in den Schulen verteilt wird! Wir haben aber nichts dagegen, daß dieser phrasenreiche, nichts sagende Aufruf an den Plakatsäulen hängt. Wir haben den Glauben, daß die noch nicht ganz Berauschten sich fragen: Was soll mir das helfen?“

Die Antwort, die Hitler in seiner Rede gab, war mehr als schwach. Er wiederholte lediglich die bekannten Vorwürfe gegen die Parteien, die in den letzten 14 Jahren alles Unglück verschuldet hätten, und wandte sich speziell gegen das Zentrum, das mit dem Marxismus und Atheismus Arm in Arm gegangen sei.

Ueber die positiven Pläne der neuen Regierung sagte er auch diesmal nichts und bestätigte damit am besten die anklagenden Worte des Staatspräsidenten Bolz.

Zum Schluß seiner Rede brachte Hitler die schon oft gehörten Äußerungen von „Gott dem Allmächtigen“, den er darum bat, „daß er uns immer stark und mutig sein lassen möge“. Politisch bemerkenswert ist, daß Hitler auch in dieser Rede erklärte: „Ich muß bekennen, daß ich entschlossen bin, mit meinen Verbündeten unter keinen Umständen das deutsche Volk wieder zurückfallen zu lassen in dieses Regiment (der vergangenen 14 Jahre, Die Red.). Wenn man heute mir einreden will, daß, weil irgendeine Formalität nicht erfüllt sei, eher die Nation zugrunde gehen möge, so habe ich dafür kein Verständnis.“

„Wenn irgend eine Formalität nicht erfüllt sei ...“, das ist eine Umschreibung für denselben Gedanken, den der Reichs-

Landbund soeben in einer an den Reichspräsidenten gerichteten Entschliessung, die wir weiter unten abdrucken, noch eindeutiger ausgesprochen hat. Die „Formalitäten“, an die sich die Regierung Hitlers-Hugenberg nicht halten will, sind die Artikel der deutschen Reichsverfassung. Ein Kommentar zu dieser Einstellung eines deutschen Reichskanzlers ist angesichts der herrschenden „Pressefreiheit“ nicht möglich — er ist aber auch für unsere Leser überflüssig, da sie in der Lage sind, sich ihr Urteil über diese Dinge selbst zu bilden.

Der Landbund fordert Verfassungsbruch

Berlin, 14. Februar.
CNB. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes faßte eine Entschliessung, in der er dem Reichspräsidenten seinen Dank für die Berufung der Führer der nationalen Bewegung zur Staatsführung ausspricht. Der Reichslandbund sehe darin den ersten Schritt, die rettenden Kräfte im ganzen Land zur Einigung zu führen. Die Landwirtschaft könne das große Sanierungswerk nicht von irgend welchen Wahlergebnissen abhängig machen. Sie vertraue auf das Wort der Führer, die Macht nicht aus der Hand zu geben, auf alle Gefahr hin den Weg zu gehen, der nötig sei, daß Deutschland nicht verkomme. Die Zeit der Taten sei gekommen.

Übertragung der Hitler-Rede verhindert!

WTB. Stuttgart, 15. Februar.
Etwa um 9.15 Uhr trat in der Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers aus der Stadthalle auf den Sender Mühlacker plötzlich eine Unterbrechung ein. Vom Südfunk wurde den Hörern mitgeteilt, daß die postalische Leitung von der Stadthalle zum Telegraphenamt unterbrochen sei.

Stuttgart, 15. Februar.
WTB. Die Rede des Reichskanzlers war um 21.45 Uhr zu Ende, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Übertragung auf den Rundfunk wieder aufzunehmen, da sämtliche Leitungen zur Stadthalle unterbrochen waren.

Stuttgart, 15. Februar.
WTB. Der Süddeutsche Rundfunk gibt bekannt: Nach amtlichen Feststellungen ist das postalische Kabel zwischen der Stadthalle und dem Telegraphenamt bei der Werderstraße 20 mit einem Beile durchschlagen worden.

Nationalsozialist gesteht Mord

Essen, 15. Februar.
Unter dem Verdacht, den Komunisten Beniku am Sonntag erstochen zu haben, wurde in Dortmund der Nationalsozialist Sengotta verhaftet. Er hat die Tat eingestanden und wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Attentat auf Roosevelt

Miami (Florida), 15. Februar.
WTB. Heute Abend wurden auf den künftigen Präsidenten Roosevelt, bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Empfang, fünf Revolverschläge von einem unbekanntem Täter abgegeben. Der Präsident wurde nicht verletzt. Der Angreifer zog ganz unerwartet eine Pistole und, bevor die Anwesenden eingreifen konnten, begann er zu feuern. Der Bürgermeister von Chicago, Cermak, wurde von einer Kugel getroffen.

Miami (Florida), 15. Februar.
WTB. Ein Augenzeuge berichtet, der Angreifer habe nicht auf Roosevelt gezielt, sondern auf den Bürgermeister von Chicago, Cermak, der sich ungefähr sechs Meter von dem künftigen Präsidenten entfernt befand. Angesichts der Autregung der Menge wendete sich Roosevelt um und winkte mit erhobenem Arm, um zu zeigen, daß er unverletzt sei. Der Täter wurde vom Publikum ohne Schwierigkeiten ergriffen und der Polizei übergeben, die ihn unverzüglich ins Gefängnis brachte.

Miami (Florida), 16. Februar.
WTB. Das Befinden des Chicagoer Bürgermeisters Cermak, der einen Brustschuß erhalten hat, ist besorgniserregend. Um Mitternacht wurde an Cermak eine Notoperation vorgenommen, deren Erfolg noch ungewiß ist. Ein Geheimpolizist bekam einen Kopfschuß. Leicht verletzt wurden zwei Frauen, ein Junge und ein Mann, der dem Täter den Revolver entriß, wobei eine Kugel seinen Kopf streifte.

Kriegszustand

Bogota, 15. Februar.
WTB. Die Regierung von Kolumbien hat den Gesandten in Lima (Peru) angewiesen, seine Pässe zu fordern.

Luftkampf im Kriege Peru-Kolumbien

WTB. Daily Herald meldet aus Bogota: General Vasquez Cobo, der Oberbefehlshaber der kolumbianischen Streitkräfte, die sich auf mehreren Kanonenbooten und Transportschiffen im Oberlauf des Amazonasstromes befinden, gibt bekannt, daß peruanische Flugzeuge über sein Kanonenboot „Cordoba“ hinweggelogen seien und Bomben abgeworfen hätten. Kolumbische Flugzeuge hätten daraufhin eingegriffen und den Gegner nach einem Luftkampf vertrieben.

Parlaments-Auflösung in Holland

Die zweite Kammer ist von der Königin aufgelöst worden.

Zu der Kommunalwahl

Genosse Pietsch referiert

In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung bei Hoffmann in Pöpelwitz sprach gestern Genosse Fritz Pietsch über „Unsere Aufgaben bei den Kommunalwahlen“.

Nachdem Genosse Eckstein auf die Wichtigkeit des Kommunalwahlkampfes gerade für die SAP hingewiesen, ergriff Genosse Pietsch das Wort zu einem sehr ausführlichen und aufschlußreichen Referat über die kommunalpolitische Situation in Breslau. Er stellte zunächst fest, daß er im beengten Rahmen eines Referates in einer Mitgliederversammlung nicht auf all die wichtigen Fragen eingehen könne, die eine bedeutsame Rolle im kommunalpolitischen Kampf unserer Stadt gespielt haben und noch spielen werden.

Er müsse verzichten, auf die Geschichte der Subventionen an die Linke-Holmann-Werke (9 Millionen werden langsam und sicher dem Privatkapital zugeschickt), auf die Frage der Stadttrandsiedlung und der besoldeten Stadträte einzugehen.

SPD und die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers

„Eins muß ich aber besonders behandeln, unsere Stellung zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers: Von der SPD wird immer geflissentlich verbreitet, daß der deutsch-nationale Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich mit Hilfe der Stimmen der SAP Stadtverordnetenvorsteher geworden sei.“

Das ist eine Lüge.

Als im vorigen Jahre die sozialdemokratische Stadtverordnetenfaktion auseinanderfiel, war die übriggebliebene Fraktion nicht mehr die stärkste der Stadtverordnetenversammlung. Sie zählte 18 und die vereinigte Rechte 19 Mitglieder. Infolgedessen haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten kampfflos jeden Anspruch auf den Vorsteherposten aufgegeben. Ja noch mehr. Sie haben sogar für den deutschnationalen Vorsteher gestimmt. Die SAP hat im vorigen Jahr, weil die SPD nicht dazu zu bewegen war, einen Gegenkandidaten gegen den deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher aufzustellen, bei der Wahl weiße Stimmzettel abgegeben.

Wenn ein Deutschnationaler im vorigen Jahr Vorsteher gewesen ist, ist es die Schuld der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Und in diesem Jahr? Kampfflos billigt die SPD den Deutschnationalen, da sie die stärkste Partei im Stadtparlament sei, das Recht zu, den Stadtverordnetenvorsteher zu stellen.“

Schlesien und die Wirtschaftskrise

Genosse Pietsch gibt dann ein eingehendes Bild von der Weltwirtschaftskrise, um dann auf Schlesien zu sprechen zu kommen. Die Breslauer Industrie hat ihre Vorkriegsabsatzgebiete, wie etwa Posen, Polen, die Balkanstaaten usw., verloren. Von Jahr zu Jahr sank die Kaufkraft der schlesischen und speziell der Breslauer Bevölkerung. Der Warenkonsum geriet ins Stocken. Ungeheure Arbeiterentlassungen waren die Folge. Breslau erlebte Betriebsstillegungen früher als jede andere deutsche Stadt. Und jetzt versucht der Kapitalismus auch in Schlesien auf Kosten der Arbeiterschaft die Krise zu überwinden.

Schritt für Schritt wurde die Arbeitslosenunterstützung abgebaut. Einige Zahlen mögen die Situation erhellen. In Breslau ist die Zahl der Erwerbslosen in den letzten 2 1/2 Jahren um 32 785 (d. h. um 62 Prozent) gestiegen. Andererseits ist die Zahl derjenigen, die Arbeitslosenunterstützung erhielten, gesunken. Wenn im Jahre 1930 20 946 Arbeitslosenunterstützung erhielten, so waren es am 1. Februar 1933 nur noch 11 520. Das heißt, die Zahl der Arbeitslosenunterstützten ist um 45 Prozent gesunken. Die Zahl derjenigen in der Krise ist um 26 Prozent, der Ausgesteuerten von 100 Prozent auf 321 Prozent gestiegen.

„Stellt euch 100 Erwerbslose vor, dann erhielten im Juni 1930 von diesen hundert 39 Arbeitslosenunterstützung, 29 Krisenunterstützung und 32 Wohlfahrtsunterstützung. Am 1. Februar 1933 erhielten von diesen hundert aber 13 Alu, 23 Krise und 64 Wohlfahrtsunterstützung. Das bedeutet, daß das Elend lurchbar bei uns gewachsen ist.“

Dazu kommt, daß die Stadt noch Sozialrentner, Kriegsrentner usw. ebenfalls unterstützen muß.

Breslau zählt heute 615 000 Einwohner. Davon werden 245 000 aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

Auf der anderen Seite gehen, bedingt durch den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, auch die Einnahmen der Stadt zurück.

Nur ein Beispiel für viele: die städtische Straßenbahn, die bislang für die Stadt einen Überschußbetrieb darstellte, ist zu einem Zuschußbetrieb geworden.

Staat und Reich hätten hier helfend eingreifen müssen, was sie aber durch Jahre hindurch nicht getan haben. Die Stadt mußte zur Selbsthilfe greifen; so hat sie neben anderen die Einnahmen aus der Hauszinssteuer, die sie an den Staat hätte abführen müssen, einbehalten

Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung

Genosse Pietsch gab dann ein ausgezeichnetes Bild von der Geschichte der Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung. Die ersten Schläge gegen die Selbstverwaltung wurden von der Regierung Severing im Jahre 1930 geführt. Zuvor slicht Genosse Pietsch aber ein Bild ein vom Beamten- und Lehrabbau, von der Kürzung der Gemeindearbeiterlöhne und der Richtsätze für Wohlfahrtsunterstützte. Immer und immer wieder wurden die Richtsätze für die Wohlfahrt um 10 Prozent herabgesetzt.

Ähnliche Angriffe richtete man gegen die Löhne der Breslauer Gemeindearbeiter. Es kam sogar so weit, Breslau sollte gezwungen werden, für die Gemeindearbeiter eine Pensionskasse einzurichten, damit sie sich von ihren paar Groschen, die sie erhalten, ihre Ruhegehälter selbst aufsparen.

Alle diese Brutalangriffe auf den Lebensstandard der Breslauer Bevölkerung konnten — und nicht zuletzt von der SAP-Stadtverordnetenfaktion —, wenn auch nicht direkt abgewehrt, so doch gemildert werden, soweit es die vorgeschrittene Vernichtung der Selbstbestimmungsrechts der Kommunen das zuließ.

All der Lohn- und Unterstützungsraub hat unter dem sozialdemokratischen Innenminister Severing geschehen können.

Mit Wirkung ab 1. Januar 1932 wurde, ohne daß man zuvor die Stadtverordneten gefragt hatte, die Bürgersteuer um 500 Prozent erhöht. Befreit waren unter der Braun-Severing-Regierung von der Bürgersteuer nur diejenigen, deren Arbeitseinkommen unter 500 Mark lag. Wie rigoros diese Verordnung eines sozialdemokratischen Ministers war, beweist die spätere Verordnung Papens, die doch gewißlich reaktionärer und aggressiver für die Arbeiterschaft war, die aber trotzdem diejenigen befreite, deren Einkommen niedriger als die Richtsätze des Wohlfahrtsamtes waren. Ein Familienvater mit einem Kind, der unter 641 Mark Einkommen hatte, bei zwei Kindern unter 828 Mark, bei drei Kindern unter 1011 Mark, war befreit.

Und dann die geplante Auslieferung der städtischen Werke an das Privatkapital. Der Plan stammte vom Unterstaatssekretär Stauding er einem Mitglied der SPD. Stauding ließ sich davon überzeugen, wie gefährlich das Unterfangen wäre. Er wurde dann aber von Severing zwei Monate später aufgegriffen.

Das kommende Stadtverordnetenparlament wird darüber zu wachen haben, daß dieser Plan niemals zur Durchführung kommt.

Ein besonders schwerer Schlag gegen die städtische Selbstverwaltung war die soge-

nannte Dietramtszeller Notverordnung vom 24. August 1932, derzufolge die Länder unter Ausschaltung der Landtage gezwungen wurden, ihre Haushaltspläne in den Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Der schärfste Schlag aber sind die Ausführungsbestimmungen von Severing, denen zufolge die Magistrate alle Maßnahmen zu treffen haben — ohne die Stadtverordnetenversammlung zu befragen —, den Haushaltsplan auszugleichen.

Und dann kam die Bracht-Papensche Verordnung vom Jahre 1932, derzufolge es

verboten ist, in den Gemeindeparlamenten einen Antrag zu diskutieren, für den nicht gleichzeitig ein Deckungsvorschlag, der gesetzlich zulässig ist, eingebracht wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher hat die Diskussion zu untersagen. Damit war die kommunale Selbstverwaltung endgültig zu Grabe getragen.

Das Proletariat weiß, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorbei ist. Daß auf parlamentarischem Wege in den Gemeindevertretungen nichts zu erkämpfen ist, daß man noch so schöne Beschlüsse annehmen lassen kann. Sie werden letzten Endes dann doch niemals durchgeführt werden.

Für das Proletariat hat das Forum der Stadtverordnetenversammlung nur die Bedeutung, daß von dort aus die Weckung und Mobilisierung der Arbeitermassen zum außerparlamentarischen Kampf durchgeführt wird. In diesem Sinne hat auch die SAP den Wahlkampf zu führen, um so eine gemeinsame Kampffront der Breslauer Arbeiterschaft gegen die faschistische Diktatur in den Gemeinden zusammenzuschleifen.

Reicher Beifall dankte dem Genossen Pietsch für seine Ausführungen.

Anschließend wurde einstimmig folgende

Liste der SAP für die Stadtverordnetenwahlen

in Breslau angenommen:

1. Ernst Eckstein, Rechtsanwalt
2. Paul Kirstein, Transportarbeiter
3. Gerhard Schwarz, Elektromonteur
4. Fritz Pietsch, Volksschulrektor
5. Marie Köhlich, Ehefrau
6. Max Rausch, Parteisekretär
7. Fritz Seewald, Filialleiter
8. Karl Kottusch, Angestellter
9. Paul Küchler, Werkzeugschlosser
10. Marie Pascheke, Witwe
11. Edwin Kneiff, Buchbinder
12. Friedr. Feige, Transportarbeiter
13. August Reimann, Angestellter
14. August Klose, Bäcker
15. Hengmith
16. Gustav Meder, Angestellter
17. Willi Kalinke, Buchdrucker
18. Guhr
19. Alfred Matzke, städt. Arbeiter
20. Helene Zapke, Ehefrau
21. Karl Grezmehle, Maler

Achtung Stimmlisten einsehen

Für die bevorstehenden Wahlen am 5. und 12. März 1933 werden die Stimmlisten in der Zeit vom Sonntag dem 19., bis einschließlich Sonntag, dem 26. Februar 1933, öffentlich ausgelegt. Die Auslegungszeiten sind aus den öffentlichen Anschlägen zu ersehen.

SAP Breslau gegen Parteitags-Verschiebung

In der gestrigen Mitgliederversammlung wurde unter anderem auch Stellung zu den Beschlüssen des Hauptvorstandes in Berlin genommen.

Noch einer kurzen Diskussion nahm die Mitgliederversammlung der SAP Breslau mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der zum nächstmöglichen Termin die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs verlangt wird.

Liste für den Provinziallandtag der SAP für Niederschlesien

1. Eckstein, Ernst, Breslau, Rechtsanwalt
2. Nagel, Fritz, Brieg, Angestellter
3. Zelt, Fritz, Liegnitz, Metallarbeiter
4. Welz, Richard, Oels, Eisenbahnarbeiter
5. Döblitz, Paul, Breslau, Schneidermeister
6. Pech, Siegfried, Strehlen, Buchhalter
7. Schramm, Elfriede, Breslau
8. Dilke, Gustav, Peistervitz, Betonpoller
9. Pietsch, Fritz, Breslau, Volksschulrektor

Notwerkteilnehmer gegen Notwerk und Zwangskurse

Die Vertreter der im Gewerkschaftshaus tugenden Zwangskurse im „Notwerk der deutschen Jugend“ traten am Mittwoch zu einer Aussprache über „Notwerk“ und „Zwangskurse“ zusammen. Das Referat hielt einer unserer Genossen. Nachdem er auf die Ursachen der Krise eingegangen war, zeigte er den kapitalistischen und den proletarischen Ausweg aus der Krise. Das „Notwerk“ ist ein Stück kapitalistischer Ausweg. Besonders hingewiesen wurde auf das „unpolitische“ Aufziehen des Notwerks und der damit verbundenen Kurse. In einer Zeit, in der der Faschismus sämtliche staatlichen Machtmittel für seine Zwecke benutzt, will man die erwerbslose Jugend in Kurse einzwängen, um sie später zur Wehrpflicht reif zu machen. Jede Gelegenheit werden wir benutzen, um im Sinne der Arbeiterklasse Stellung zu nehmen. Wir werden den einzigen Ausweg aus der Krise immer propagieren und das ist der Sozialismus.

Anschließend fand eine lebhafte Debatte statt. Sämtliche Redner stellten sich hinter den Referenten. Es wurden verschiedene Anfragen gestellt. Die SAZ wurde von einem Kollegen zitiert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 15. 2. 1933 tagende Gesamtausschubssitzung der Zwangskurse Breslau, im Rahmen des Reichsjugendnotwerks, als Vertretung der 900 Teilnehmer, welche im Gewerkschaftshaus zusammen kommen, stellt nach eingehender Diskussion fest, daß das Reichsjugendnotwerk und die Zwangskurse von der erwerbslosen Jugend abgelehnt werden. Die erwerbslose Jugend will Arbeit oder ausreichende Unterstützung, aber keine Almosen.“ K. H.

Achtung! Notwerk- und Zwangskurse

Die Obleute des Kursus „Gewerkschaftshaus“ fordern die an den Zwangskursen beteiligten Kollegen auf, Obleute zu wählen. Diese sollen mit den Obleuten des Kursus „Gewerkschaftshaus“ sofort in Verbindung treten.

Juno geht den Weg der Qualität,

weil ihr die volle Zufriedenstellung ihrer Freunde durch beste Tabake in köstlicher Frische vornehmste Pflicht bedeutet.

Darin liegt das Geheimnis des großen

Juno-Erfolges

und der Grund, warum Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickeren ausgeschlossen bleiben müssen.

Wer Qualität sucht, entscheide sich für Juno!



